

BGE 15 I 654

Bundesgericht (BGE), 1889-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselow.ch/entscheid/bge_15_I_654

FR: ATF 15 I 654

IT: DTF 15 I 654

Volltext

91. Urtheil vom 22. Juli 1889 in Sachen Räuber und Schopfer gegen eidgenössische Alkoholverwaltung. A. Der Urtheilsantrag des Instruktionsrichters vom 28. Mai 1889 ging dahin: 1. Die nach Art. 18 des Bundesgesetzes betreffend gebrannte Wasser ausgemittelte Entschädigungssumme, welche die Brennerei- eigenthümer Räuber und Schopfer für den Minderwerth, den ihr Etablissement durch den Vollzug des Gesetzes erlitten, von der Eidgenossenschaft zu fordern berechtigt sind, ist festgesetzt auf 13,760 Fr. (dreizehntausend siebenhundert sechzig Franken). 2. Die Eidgenossenschaft ist verpflichtet, die Kapitalsumme von 18,175 Fr. zu 4 % per Jahr, vom Tage der amtlichen Versie- gelung der Brennerei an bis zur Zahlung gerechnet, zu verzinsen. 3. Im Uebrigen hat es bei Dispositiv 3 und 4 des Schatzungs- befundes sein Bewenden. 4. Die Instruktionskosten, bestehend in Der Anwalt der Entschädigungsansprecher dagegen erklärt, nach- dem seitens der eidgenössischen Alkoholverwaltung der Urtheilsan- trag des Instruktionsrichters nicht sei angenommen worden, sei seine Partei an ihre Erklärung, denselben annehmen zu wollen, gemäß Art. 36 der bundesgerichtlichen Verordnung vom 30. Sep- tember 1887, ebenfalls nicht mehr gebunden; er stelle daher in erster Linie den Antrag, es sei der Schatzungsbefund seinem gan- zen Umfange nach wieder herzustellen und daher die Entschädigung für Minderwerth des Wohngebäudes auf 5000 Fr. festzusetzen; eventuell sei eine Beweisaufnahme durch Expertise respektive neue Befragung der Schatzungskommission darüber zu veranstalten, wie a. Schreibgebühren 19 Fr. 20 Cts.; b. Auslagen der Kanzlei 1 Fr. 40 Cts., werden beiden Par- teien je zur Hälfte auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten sind wettgeschlagen. B. Die Entschädigungsansprecher Räuber und Schopfer erklärten mit Eingabe vom 11. Juni 1889, daß sie mit dem Urtheilsantrage des Instruktionsrichters einverstanden seien und auf eine Verhand- lung vor Bundesgericht verzichten. Dagegen wurde der Urtheilsantrag von der eidgenössischen Alkoholverwaltung nicht angenommen. C. Bei der heutigen Verhandlung stellt der Vertreter der eedge- nössischen Alkoholverwaltung den Antrag, es seien Räuber und Schopfer, in Abänderung des Urtheilsantrages des Instruktions- richters, mit ihrer Entschädigungsforderung für Minderwerth des Wohngebäudes des gänzlichen abzuweisen und es sei im Fernern deren Zinsberechtigung auf den ihnen zuzuerkennenden Minder- werth zu beschränken, eventuell sei die erstere Forderung gegen- über dem Urtheilsantrage des Instruktionsrichters zu reduzieren. Alles unter Kosten= und Entschädigungsfolge. hoch sich der Minderwerth der Kontor= und Kellerräumlichkeiten belaufe; weiter eventuell sei der Urtheilsantrag des Instruktions- richters zu bestätigen in allen Fällen seien die Kosten der eidge- nössischen Alkoholverwaltung aufzuerlegen. Replikando bestreitet der Anwalt der eidgnössischen Alkoholver- waltung, daß die Gegenpartei berechtigt sei, auf ihre Erklärung, daß sie den Urtheilsantrag annehme, zurückzukommen. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. Es liegen, nachdem im Uebrigen der Schatzungsbefund von keiner Seite ist angefochten worden, nur zwei Punkte im Streit: Die Minderwerthsentschädigung für das sogenannte

Wohngebäude und der Umfang der Zinsberechtigung der Entschädigungsansprecher. 2. In Betreff des ersten Punktes ist folgendes zu bemerken: Die Entschädigungsansprecher haben auf der Liegenschaft Paul= beerweg 91 in Basel eine Brennerei und Preßhefabrikation be= trieben. Auf der Liegenschaft befindet sich in einem Hauptbau das sogenannte Wohngebäude, in einem Nebengebäude die Brennerei. Die Besetzung wurde seiner Zeit als Einheit erworben, in der Absicht, in dem Nebengebäude eine Brennerei einzurichten und das Hauptgebäude als Wohnung für die Geschäftsinhaber zu benutzen. Das Wohngebäude wurde thatsächlich theils als Wohnung der beiden Geschäftsinhaber, theils dagegen als Kontor und (in sei= nen Kellerräumlichkeiten) als Lagerungsraum für das Geschäft benutzt; die Brennereilokalitäten befanden sich, wie bemerkt, dem anstoßenden Nebengebäude. Das Wohngebäude ist 19,000 Fr. brandversichert und es wird dessen Verkehrswert

lange dasselbe Wohn= und Fabrikationszwecken dienstbar gemacht werden könne und die Benutzungsart im Zusammenhange mit der Brennerei gestanden habe, von der Schatzungskommission auf 20,000 Fr. taxirt. Die Schatzungskommission hat angenommen, dasselbe erleide durch das in Folge des eidgenössischen Alkoholge= setzes eingetretene Brennereiverbot einen Minderwerth von 5000 Fr sie hat auch die Ersatzpflicht des Bundesfiskus für diesen Minder= werth als rechtlich begründet erachtet. Hiegegen hat sich die eid= genössische Alkoholverwaltung beim Bundesgerichte beschwert, indem sie gänzliche Streichung dieser Entschädigung, weil rechtlich nicht begründet, beantragte; sie gab dabei in ihrer Rekurschrift die Erklärung ab, daß sie eventuell den Entschädigungsansatz von 500 Fr. dem Maße nach nicht bestreite, unter der Bedingung daß derselbe auch von Räuber und Schöpfer anerkannt werde, so daß alsdann die Anordnung eines Augenscheines und einer neuen Expertise unnöthig gemacht werde. Räuber und Schöpfer beantragten Bestätigung des Schatzungsbefundes. Eine Beweis= lichkeiten, und die Hälfte auf die Wohnräumlichkeiten, eine An= nahme, mit der wohl jedenfalls die Entschädigungsansprecher nicht beschwert werden. 3. Es ist zweifelhaft, ob die Entschädigungsansprecher, nachdem sie einmal erklärt haben, den Urtheilsantrag des Instruktions= richters annehmen zu wollen, berechtigt sind, auf diese Erklärung zurückzukommen und ihren ursprünglichen Antrag auf Festsetzung der Entschädigung auf 5000 Fr. (gemäß dem Befunde der Schatzungskommission) wieder aufzunehmen. Art. 36 der bundes= gerichtlichen Verordnung vom 30. September 1886, entscheidet diese Frage nicht; sie ist daher nach allgemeinen Grundsätzen über die Widerruflichkeit derartiger Parteierklärungen zu beurtheilen. Allein im vorliegenden Falle braucht diese Frage nicht gelöst zu werden, denn der fragliche Antrag der Entschädigungsansprecher ist, wie unten zu zeigen sein wird, jedenfalls sachlich unbegründet. 4. Grundsätzlich ist mit dem Urtheilsantrage des Instruktions= richters davon auszugehen, daß zwar Art. 18 des eidgenössischen Alkoholgesetzes den Brennereieigenthümern einen Entschädigungs= anspruch nicht für den Entzug der Befugniß zum Gewerbebetrieb, sondern nur für die in Folge des Brennereiverbotes eintretende Entwerthung der bestehenden Brennereianlagen (der zur Fabrika= tion gebrannter Wasser bestimmten Gebäude und Einrichtungen) gewährt (vergl. bundesgerichtliche Entscheidung in Sachen Neu= komm vom 7. Juni 1889); daß aber letzterer Entschädigungsan= spruch nicht auf diejenigen Gebäude und Einrichtungen zu be= aufnahme wurde binnen des vom bundesgerichtlichen Instruktions= richter angesetzten Präklusivtermins von keiner Seite beantragt. In seinem gemäß Art. 36 der bundesgerichtlichen Verordnung den Parteien mitgetheilten Urtheilsentwurfe ging der bundesge= richtliche Instruktionsrichter grundsätzlich davon aus, der Entschä= digungsanspruch sei in Betreff derjenigen Lokalitäten des Wohn= gebäudes anzuerkennen,

welche als Kellerräumlichkeiten und als Kontor verwendet wurden, dagegen abzuweisen in Betreff der Wohnungen der Geschäftsinhaber verwendeten Gebäudetheile. müsse daher eine Ermäßigung der von der Schatzungskommission gesprochenen Minderwerthsentschädigung von 5000 Fr. Platz greifen. In Betreff des Quantitativs dieser Ermäßigung mangeln dem Instruktionsrichter, da ein Beweis durch Augenschein oder Expertise von der rekurrirenden Partei ausdrücklich abgelehnt worden sei, alle und jede bestimmten Anhaltspunkte. Bei dieser Sachlage erscheine es als angemessen, die Entschädigung auf die Hälfte zu reduzieren, also davon auszugehen, von dem durch die Schatzungskommission adoptirten, von der eidgenössischen Alkoholverwaltung eventuell anerkannten, Entschädigungsansätze von 500 Fr. entfalle die Hälfte auf die Kontor- und Kellerräumlichkeiten, welche speziell der Distillation des Branntweines dienen, sondern derselbe sich vielmehr auf die ganze gewerbliche, dem Brennereibetriebe gewidmete Anlage erstreckt. Zu einer einschränkenden Interpretation in letzterer Richtung geben in der That weder der Text des Gesetzes noch anderweitige Interpretationsmomente einen Anhalt. Nicht nur die der Distillation dienenden Räumlichkeiten und Einrichtungen, sondern auch diejenigen Lokalitäten, welche für die Lagerung der Rohmaterialien und des Produktes, für die geschäftliche Leitung der Fabrikation, den Aufenthalt der Arbeiter während der Fabrikation u. s. w. dienen, werden in Folge der Monopolisirung der Branntweinfabrikation von einer Eigenthumsbeschränkung, dem Verbote fernerer Be-

nützung zu ihrem bestimmungsgemäßen Zwecke betroffen. Auch in Betreff dieser letztern Räumlichkeiten trifft also das gesetzgeberische, der Bestimmung des Art. 18 des eidgenössischen Alkoholgesetzes zu Grunde liegende Prinzip (vergl. die erwähnte Entscheidung des Bundesgerichtes in Sachen Neukomm vom 7. Juni abhin) zu, wie denn auch diese Räumlichkeiten der Fabrikation gebrannter Wasser, d. h. dem Betriebe des Fabrikationsgewerbes unmittelbar dienen. Danach ist es denn gewiß richtig, wenn der Instruktionsantrag annimmt, es bestehe in concreto ein Entschädigungsanspruch für die Entwerthung von Keller- und Kontorräumen, nicht aber für die Entwerthung der Wohnräumlichkeiten des sogenannten Wohngebäudes; denn es liegt ja auf der Hand, daß nicht die letztern, zu Deckung des persönlichen Wohnungsbedürfnisses der Geschäftsinhaber bestimmten, wohl aber die erstern Räume zu Fabrikationszwecken bestimmt und verwendet waren. Was die Parteien heute hiegegen eingewendet haben, kann nicht in Betracht kommen. Die eidgenössische Alkoholverwaltung hat behauptet, Kontor- und Kellerräumlichkeiten haben überhaupt gar nicht dem Fabrikationsgeschäfte, sondern vielmehr dem Handel, speziell mit Preßhefe, gedient. Die Entschädigungsansprecher dagegen haben umgekehrt behauptet, die sogenannten Wohnräumlichkeiten der Geschäftsinhaber haben insofern gewerblichen Zwecken gedient, als die Geschäftsinhaber sich dort haben aufhalten müssen, um den Tag und Nacht fortgesetzten Betrieb der Brennerei überwachen zu können; diese Räumlichkeiten hätten vorhanden sein müssen, auch Grundsätze im Widerspruch, daß der bisherige durch den Betrieb der Brennerei erzielte Gewinn bei Festsetzung der Minderwerthsentschädigung nicht in Rechnung gebracht werden dürfe. Hierauf ist indeß in Uebereinstimmung mit dem Urtheilsantrage zu erwidern: Aus der erwähnten gesetzlichen Bestimmung ist allerdings zu folgern, daß bei Festsetzung der Minderwerthsentschädigung für Brennereien ein die Anlagekosten übersteigender, durch die Bestimmung zum (gewinnbringenden) Brennereibetriebe bedingter Verkehrswerth der betreffenden Gebäude und Einrichtungen nicht in Betracht gezogen, sondern der Minderwerthsberechnung höchstens der

Anlagewerth zu Grunde gelegt werden darf. Dagegen ist letzterer, sofern nicht etwa wegen Verkehrtheit der Anlage u. s. w. der Verkehrswerth der Brennerei schon vor dem Brenner eiverbote ein tieferer war, der Minderwerthsschätzung auch wirklich Grunde zu legen; ersetzt werden soll den Brennereibesitzern die Differenz zwischen dem nach dem Brennereiverbote noch verbleibenden Werthe ihrer Gebäude und Einrichtungen und dem Betrag ihrer für Erstellung, Ankauf u. s. w. dieser Gebäude und Einrichtungen gemachten Aufopferungen, sofern und soweit eben wenn die Geschäftsinhaber nicht gleichzeitig dort gewohnt hätten. Beide Behauptungen sind vollständig neu und stehen mit dem bis dahin von keiner Partei angefochtenen Thatbestande der Schatzungskommission im Widerspruch; es kann daher auf dieselben keine Rücksicht genommen werden. Wenn die Parteien die gedachten Momenten geltend machen wollten, so mußten sie die sachbezüglichen Behauptungen im Instruktionsverfahren aufstellen und erforderlichenfalls beweisen; nachdem sie dies gänzlich unterlassen haben, können sie mit ihren erwähnten Aufstellungen nicht mehr gehört werden. Die eidgenössische Alkoholverwaltung hat im Fernern auch heute (wie schon im Schriftenwechsel) behauptet, die Gewährung der streitigen Entschädigung stehe mit dem gesetzlichen beim Eintritte des Brennereiverbotes ein diesen Aufopferungen entsprechender Vermögens- (Verkehrs-)werth noch vorhanden war und somit ein Schaden wirklich eingetreten ist. Der Instruktionsrichter hat nun angenommen, der von der Schatzungskommission ihrer Minderwerthsberechnung zu Grunde gelegte Verkehrswerth des Wohngebäudes von 20,000 Fr. entspreche dem in dem Gebäude steckenden Anlagekapitale; jedenfalls bestehe ein irgend nennenswerther Unterschied zwischen dem gedachten Ansatz und dem Anlagewerthe nicht. Die eidgenössische Alkoholverwaltung aber hat diese Annahme heute nicht bestritten, geschweige denn widerlegt. Danach kann denn aber davon keine Rede sein, daß bei der Minderwerthsschätzung in unzulässiger Weise auf den Brennereigewinn Rücksicht genommen worden sei. 5. Rücksichtlich des Quantitatives der streitigen Entschädigung haben die Entschädigungsansprecher heute behauptet, da die eidgenössische Alkoholverwaltung den Entschädigungsansatz der Schatzungskommission eventuell in ihrer Rekurschrift anerkannt und nur die Entschädigungspflicht im ganzen prinzipiell bestritten habe, so

müsse an dem gedachten Entschädigungsansatz festgehalten werden, auch wenn man grundsätzlich davon ausgehe, es sei nicht für das gesammte Wohngebäude sondern nur für einen Theil desselben ein Entschädigungsanspruch rechtlich begründet; andernfalls würde über den Parteiantrag hinausgegangen. Dies ist indeß offensichtlich unrichtig. Die eidgenössische Alkoholverwaltung hat den Entschädigungsansatz der eidgenössischen Schatzungskommission selbstverständlich nur in dem Sinne eventuell anerkannt, in welchem er aufgestellt war, d. h. als Entschädigung für das ganze Gebäude; die Verpflichtung, für letzteres eine Minderwerthentschädigung zu bezahlen, hat sie stets in ganzem Umfange bestritten. Wenn nun diese Verpflichtung nicht für das ganze Gebäude, sondern nur für einen Theil desselben richterlich anerkannt und die Entschädigung demgemäß bemessen wird, so geht dies natürlich nicht über den Parteiantrag hinaus; der eidgenössischen Alkoholverwaltung wird nicht mehr sondern weniger zugesprochen als sie des Minderwerthsbetrages angehalten. In letzterer Beziehung waltet zwischen den Parteien kein Streit, dagegen hat sich die eidgenössische Alkoholverwaltung über die erstere Entscheidung beschwert und verlangt, daß die Zinsberechtigung auch hier auf den Minderwerth beschränkt werde. Der Instruktionsrichter hat den Schatzungsbefund bestätigt, indem er ausführte: Es sei nicht bestritten worden, daß die Entschädigungsansprecher in

Folge der Schließung der Fabrik und in Folge des Verfahrens zu Ausmittlung der Entschädigung verhindert gewesen seien, über das Brennereigebäude und die Brennereieinrichtungen in irgend welcher Weise zu verfügen, z. B. die Brennereieinrichtungen an Dritte zu veräußern oder zu einem erlaubten anderweitigen Gewerbebetriebe zu verwenden. Danach liege eine Beschränkung der Verfügung der Entschädigungsansprecher über ihr Eigenthum vor, welche die eidgenössische Alkoholverwaltung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zur Entschädigung verpflichte, eine Entschönigungspflicht, welche durch Art. 18 des eidgenössischen Alkoholgesetzes allerdings nicht statuiert aber auch nicht ausgeschlossen werde. Dieser Entschädigung ist beizutreten. Was die eidgenössische Alkoholverwaltung heute gegen dieselbe angeführt hat, ist unstichhaltig. Sie hat zunächst behauptet, die Entschädigungsansprecher haben ein sachbezügliches Begehren überhaupt nicht rechtzeitig (d. h. schon mit ihrer Forderungseingabe) gestellt. Diese, übrigens völlig neue, Einwendung entbehrt der tatsächlichen Grundlage. In der Forderungseingabe der Entschädigungsansprecher ist Verzinsung des in ihrer Rekursschrift, in welcher sie ja gänzliche Streichung des streitigen Postens verlangte, beantragt hat. Im Uebrigen ist in quantitativer Beziehung einfach der Urtheilsantrag des Instruktionsrichters aus den in demselben angeführten Gründen zu bestätigen; der heutige (übrigens wohl kaum ernstlich gemeinte) Beweis Antrag der Entschädigungsansprecher ist verspätet und daher nicht zu berücksichtigen. 6. Im Bezug auf den zweiten Streitpunkt, den Umfang des Zinsenanspruchs der Entschädigungsansprecher, ist zu bemerken: Die Schatzungskommission hat die eidgenössische Alkoholverwaltung verpflichtet, den Zins von dem vollen Werthe des Brennereigebäudes und der Brennereieinrichtungen mit 15,675 Fr., nicht nur von dem ermittelten Minderwerthe derselben (von 11,260 Fr.), von der Zeit der amtlichen Versiegelung an bis zur Ausrichtung der Entschädigungssumme zu bezahlen, davon ausgehend, die Entschädigungsansprecher seien während dieser Zeit gänzlich verhindert gewesen, die fraglichen Gebäude und Einrichtungen sei es wie bisher zu benutzen, sei es darüber zu irgend einem andern Zwecke zu verfügen; es entspreche daher der Billigkeit, ihnen den Zins von dem vollen Werthe fraglicher Gebäude und Einrichtungen zuzusprechen. Dagegen hat sie in Betreff des sogenannten Wohngebäudes die eidgenössische Alkoholverwaltung nur zur Verzinsung gesammten Anlagewerthes des Fabrikgebäudes und der Einrichtungen (welche die Entschädigungsansprecher auf 18,000 Fr. wertheten) gefordert; allerdings ist dafür vorläufig bloß ein Zinsbetrag von 300 Fr. berechnet, allein nicht in der Meinung, daß die Forderung auf diesen Betrag definitiv beschränkt werde, sondern in der Meinung, es werde der Zins für die ganze Zeit bis zur Ausbezahlung der Entschädigung gefordert, dafür aber vorläufig bloß ein Betrag von 300 Fr. (entsprechend einem viermonatlichen Zins à 5% von 18,000 Fr.) in Rechnung gebracht, da wohl binnen vier Monaten das Verfahren erledigt sein werde. Dies ergibt sich aufs klarste aus dem Wortlaute der Forderungseingabe, wo gesagt wird: „Hiezu kommt noch ein Zinsverlust für die Zeit vom 20. Juli 1887 bis, sagen wir 20. November — vier

Monate — für die 18,000 Fr. in Fabrikgebäude und Einrichtungen, macht à 5 % 300 Fr. Im Verfahren vor der Schatzungskommission sodann wurde das sachbezügliche Begehren der Entschädigungsansprecher (unter gleichzeitiger Reduktion des Zinsfußes auf 4% ohne Einwendung seitens der Gegenpartei in völlig unzweideutiger Weise formulirt. Im Fernern hat die eidgenössische Alkoholverwaltung ausgeführt, die Entschädigungsansprecher seien doch in keiner Weise verhindert gewesen, Kontor- und Kellerräume des Wohngebäudes zu benutzen, zu vermieten u. s. w. Das ist richtig aber vollständig unerheblich, denn vom

Wohngebäude hat ja die eidgenössische Alkoholverwaltung nur die Minderwerthsent-
schädigung zu verzinsen; die Pflicht zur Verzinsung des ganzen Anlagekapitals wurde ihr
nur in Betreff der eigentlichen Brennereilokalitäten und Einrichtungen, nicht in Betreff
des Wohngebäudes auferlegt. Daß aber die Entschädigungsansprecher an der Verfügung
über die Brennereilokalitäten und Einrichtungen, deren Benützung zu anderweitigem
Gewerbebetriebe u. s. w., durch das Verfahren zur Ausmittlung der Entschädigung
verhindert wurden, wie die Schatzungskommission annimmt, hat die eidgenössische Al-
koholverwaltung rechtzeitig, d. h. in der Rekursschrift, gar nicht bestritten. Endlich
wendet die eidgenössische Alkoholverwaltung noch ein, durch den streitigen Zins erhalten
die Entschädigungsansprecher in gesetzwidriger Weise Ersatz für entgangenen
Brennereigewinn. Auch dies ist unrichtig. Nicht deßhalb wird ja den Brennereieigen-
thümern die streitige Zinsvergütung bewilligt, weil sie ihre Brennereilokalitäten
und Einrichtungen nicht mehr zu gewinnbringendem Brennereibetrieb verwenden
können, sondern deßhalb weil sie über dieselben überhaupt nicht verfügen, sie nicht
verkaufen oder anderweitigem Gewerbebetrieb anpassen dürfen u. s. w., so lange das
Verfahren zur Ausmittlung der Entschädigung nicht beendigt ist. Demnach hat das
Bundesgericht erkannt: Der Urtheilsantrag des Instruktionsrichters vom 28. Mai 1889,
Dispositiv 1 bis 4, wird bestätigt und zum Urtheile erhoben.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte
Originaltext. Quellen-URL siehe oben.